

Libyen – Afghanistan – Japan

Seit dem Frühjahr 2011 überschlagen sich die Ereignisse in der arabischen Welt. Erst gingen in Tunesien die Menschen auf die Straße, um für mehr Freiheit und bessere Zukunftsaussichten zu demonstrieren, dann in Ägypten, Jemen, Libyen, Bahrain und Syrien. In Libyen wurden die Demonstrationen auf Befehl von Staatschef Muammar al-Gaddafi gewaltsam niedergeschlagen. Die massiven Menschenrechtsverletzungen und ein drohendes Massaker in der Stadt Bengasi veranlassten die internationale Gemeinschaft, in den Konflikt militärisch einzugreifen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen autorisierte mit Resolution 1973 die Mitgliedstaaten, »alle erforderlichen Maßnahmen« zum Schutz der Zivilbevölkerung zu ergreifen. Welche Maßnahmen dies sind und wie sie interpretiert werden könnten, erörtern **Robin Geiß** und **Maral Kashgar**. Sie geben Antwort auf einige strittige völkerrechtliche Fragen, unter anderem ob Bodentruppen eingesetzt werden dürften und ob es erlaubt ist, Gaddafi anzugreifen.

Deutschland ist seit Jahren am Einsatz der NATO in Afghanistan beteiligt, gegenwärtig mit rund 5000 Soldaten. Ungleich viel geringer ist die deutsche Beteiligung jedoch bei der dortigen zivilen Mission der Vereinten Nationen UNAMA. **Johannes Varwick**, **Martin Schmid** und **Christian Stock** haben sich das deutsche Engagement in Afghanistan genauer angesehen. Sie stellen ein deutliches Missverhältnis fest zwischen dem verbalem UN-Enthusiasmus Deutschlands und dem tatsächlichen Beitrag zur Arbeit der UN in Afghanistan. Um dieses Missverhältnis abzubauen und mit Blick auf den anvisierten Truppenabzug der NATO Ende 2014, sollte sich Deutschland stärker auf die UN-Mission konzentrieren, so die Autoren.

Auch für **Wolfgang Weisbrod-Weber** stellt der Abzug der NATO eine hervorragende Gelegenheit dar, über einen neuen Zuschnitt des internationalen Engagements in dem Land nachzudenken. Ein solcher neuer Zuschnitt könnte das Säulen-Modell sein, das im Kosovo angewandt wurde, mit den Vereinten Nationen als Dachorganisation. Bis dahin gilt es aber, die zahlreichen Probleme der zivil-militärischen Zusammenarbeit zwischen der NATO und den UN anzugehen. Weisbrod-Weber nennt wesentliche Ansatzpunkte.

Ein weiteres Ereignis im Frühjahr 2011 erschütterte Japan und den Rest der Welt: die Katastrophe im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi. Bis heute sind die Auswirkungen des Strahlenaustritts auf Mensch, Tier und Pflanzen in Japan und weltweit nicht abzusehen. Welche Verantwortung trägt die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA)? **Tim René Salomon** und **Julian Udich** haben das bestehende Regelwerk zu nuklearen Unfällen untersucht und kommen zu dem Schluss, dass die IAEA weitreichendere Befugnisse zur Kontrolle von Atomkraftwerken erhalten muss, soll eine Katastrophe wie in Fukushima für alle Zeit vermieden werden.



Ich wünsche eine anregende Lektüre.

Anja Papenfuß, Chefredakteurin
papenfuss@dgvn.de